



Graue Herren

Feminismus ist nötiger denn je

»Du magst ja eine Sonderbehandlung benötigen – ich nicht. Ich kann mich schon alleine durchsetzen« schallt es Feministinnen derzeit aus dem Mündern vieler Frauen entgegen, die quотиerte Redelisten oder Frauenquoten ablehnen, weil sie sich weder in ihrem privaten noch in ihrem öffentlichen Leben für unterdrückt halten. Indem sie die Existenz faktischer Geschlechterhierarchien negieren, tragen sie dazu bei, das patriarchale System zu reproduzieren.

Diese Geschlechterhierarchien lassen sich beispielsweise daran ablesen, dass unbezahlte Arbeit nach wie vor zu 80 Prozent von Frauen geleistet wird, Frauen im Durchschnitt bei Stellenkürzungen oder im Rezessionsfall als erste entlassen werden und insgesamt seltener einen Arbeitsplatz erhalten, der ihrer beruflichen Qualifikation entspricht. Auch in anderen Bereichen wird deutlich, dass der Mythos vom aufgelösten Patriarchat ein Mythos bleibt, Gewalt gegen Frauen nimmt nämlich eher zu als ab.

Gerade beim Thema »Sexualisierte Gewalt gegen Frauen« wird besonders deutlich, dass es sich bei der Wirklichkeit gewordenen Gleichberechtigung um ein Märchen ersten Ranges handelt. Immer noch ist die Alltagserfahrung von Frauen durch sexuelle An- und Übergriffe auf unterschiedlichen Ebenen geprägt. Ihnen allen ist immanent, dass Frauen zum Objekt sexueller

Begierde degradiert werden. Punktuelle Verbesserungen der Gesetzeslage – beispielsweise ist Vergewaltigung in der Ehe inzwischen strafbar – führen andererseits dazu, dass die Täter der Öffentlichkeit ausschließlich als Kriminelle präsentiert werden. Auf der Jagd nach Einschaltquoten und Auflagenstärke stellen die Medien einzelne Taten in den Vordergrund, die die Aufmerksamkeit der KonsumentInnen anziehen sollen: Die von außen kommenden Figuren des »Kinderschänders« und des »Serientäters« bringen gruselige »Realität« in jedes Wohnzimmer. Bewusst übergangen werden dabei Statistiken, die belegen, dass der Hauptanteil der Übergriffe im Familien- und Bekanntenumfeld stattfindet. Die Notwendigkeit einer politischen Auseinandersetzung über gesellschaftliche Herkunft, Ursachen und Kontinuitäten sexualisierter Gewalt wird dadurch negiert.

An den Hochschulen gelingt es den *old-boys-networks* immer wieder, Versuche einer grundlegenden antipatriarchalen Reform zu untergraben. Die traditionsreiche Universität Köln bietet ein trauriges Beispiel: Das Vorlesungsverzeichnis des Wintersemesters 2001/2002 verzeichnet 722 Universitätsprofessoren und 68 Universitätsprofessorinnen – das entspricht einem Frauenanteil von 8,6 Prozent (nach Fakultäten aufgeschlüsselt: WiSo: 76:5, Jura: 44:3, Med: 142:5, Phil: 164:21,

MatNat: 174:9, PH: 92:16, AfH: 30:9). Während Frauen in der privilegiertesten Gruppe also nach wie vor kaum vertreten sind, machen sie hingegen 90 Prozent des Reinigungspersonals aus. Da die Männerselektionen nicht freiwillig auf ihre gewohnten Privilegien verzichten, kann eine grundlegende Veränderung nur durch strukturelle, gesetzlich fixierte Maßnahmen erfolgen.

Im neuen Landeshochschulgesetz hätten solche Regelungen klar festgelegt werden können, aber dies entsprach offensichtlich nicht dem politischen Willen. Obwohl das Antrags- und Rede-recht der Frauenbeauftragten/Gleichstellungsbeauftragten im Unterschied zu früher ausdrücklich fixiert wurde (Paragraph 23), sind keine grundlegenden Einfluss- oder Vetomöglichkeiten vorgesehen. Die Tatsache, dass es an der Uni Köln in Zukunft – neben der Gleichstellungskommission auf universitärer Ebene – auch entsprechende Organe in den Fakultäten geben soll, hinterlässt nur kurzfristigen einen positiven Eindruck. So werden deren Mitglieder in Zukunft nicht mehr von den Professorinnen, Studentinnen, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen aus der eigenen Mitte gewählt, sondern als Kommission des Senats bzw. als Kommissionen der Fakultäten eingesetzt. Zukünftig bestimmen die alten Herren also selber, welche Männer und Frauen geeignet sind, über Gleichstellungsbelange zu befinden.

Auch die herrschende Wissenschaft ist sowohl in der Wahl ihrer Methoden als auch ihres Untersuchungsgegenstandes männerzentriert. Das veranschaulicht auf Kölner Ebene das Frauenveranstaltungsverzeichnis. Hier werden für das aktuelle Wintersemester 47 Lehrveranstaltungen »mit frauen- und genderspezifischen Schwerpunkten« aufgeführt, von denen allerdings einige den Schwerpunkt höchstens peripher tangieren. Das Gesamtangebot zeigt: Frauen- und Genderforschung erhält an der traditionsreichen Universität Köln nach wie vor kaum Raum.

Auch Teile der Frauen/Lesbenbewegung arbeiten am Verzicht mühsam errungener Fortschritte. Die so genannte »Differenztheorie«, die über biologische Tatsachen hinausgehende wessens- und naturgemäße Verschiedenheit zwischen Männern und Frauen ausgemacht haben will, hat immer noch Einfluss. Dabei werden gesellschaftlich produzierte, ansozialisierte Unterschiede als quasi-natürlich und unveränderbar aufgefasst. Der Schritt vom differenztheoretischen Mutterkult zu Kinder, Küche, Krankenpflege ist nicht weit.

Unter dem Schlagwort *gender mainstreaming* soll die Frauenpolitik aus ihrem Winkel geholt und als Geschlechterpolitik in allen Bereichen und Ebenen der Gesellschaft verankert werden. Das klingt zunächst gut, als ginge es darum, feministische Ansätze vom Rand in die Mitte der Gesell-

schaft zu holen. Nicht übersehen werden sollte dabei allerdings, dass wir damit »die Männer« auf unser Boot einladen würden. Feministische Ziele drohen zu verschwimmen, und am Ende wären wir es als unsere Pflicht an, Männern bei der Entdeckung ihrer unterdrückten »weiblichen Seite« zu helfen. Nicht zum ersten Mal würde Hilfsbereitschaft von der Tugend zum Fluch, der das Erreichen eigener Ziele erschwerte.

Für die praktische Politik birgt der Ansatz einer Judith Butler, die die Kategorie Geschlecht als Konstrukt entlarvt, eine ähnliche Gefahr. Es ist wichtig und richtig, Rollenverhalten als nicht naturgegeben zu analysieren. Problematisch wäre es, alle Menschen nur noch als willenslose Objekte ihrer Sozialisation anzusehen. Butlers Vorschlag, die Geschlechteridentitäten durch Spiel zu überwinden, verschleiert deren ökonomische und machtpolitische Zusammenhänge, statt auf sie hinzuweisen.

Durch die Förderung einer schmalen weiblichen Elite wird feministische Solidarität zugunsten kapitalistischer Selektionsprinzipien aufgekündigt. Dadurch wird zwar einzelnen Frauen ermöglicht, eine starke Position zu erlangen, aber die Geschlechterverhältnisse werden nicht verändert. Feminismus muss unserer Ansicht nach im Zusammenhang einer fundierten Kapitalismuskritik stehen, da es innerhalb einer hierarchischen, profitorientierten Gesellschaft keine Gleichberechtigung aller Menschen geben kann, die erst die Voraussetzung für eine gesellschaftliche und ökonomische Gleichstellung der Frauen brächte.

Als AL sehen wir es als unsere Aufgabe an, patriarchalische Unterdrückungsmechanismen zu erkennen, auf sie aufmerksam zu machen und sie sowohl in unserem Alltag als auch in der Gesellschaft abzubauen. Diese praktische Seite unserer Politik geht einher mit der Beschäftigung mit feministischen Theorien und Texten. Als linke Hochschulgruppe haben wir den Anspruch, jedes Thema, sei es nun Ökonomie, Globalisierung, Biopolitik etc., immer auch im feministischen Standpunkt zu betrachten oder von feministischer Perspektive anzugehen. Dazu gehört auch, dass es für uns selbstverständlich ist, in Publikationen konsequent das Binnen-I zu verwenden und auch in mündlichen Äußerungen auf unseren Sprachgebrauch zu achten. Damit versuchen wir, dem herrschenden Sprachgebrauch – in dem ein einzelner Mann aus einer Gruppe von 99 Studentinnen und einem Studenten 100 Studenten macht – entgegenzutreten. Wir möchten das Bewusstsein für Unterdrückungsmechanismen in der Sprache wecken, die das Männliche zum Normalen und das Weibliche zum Anderen machen. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass Sprache nicht nur als Repräsentantin, sondern auch als Handlung zu begreifen ist, die stets Strukturen reproduziert und festigt.

Susanne Krauß

queergestellt

Einige Wochen vor dem *Christopher Street Day* (CSD) 2001 in Köln haben sich Leute unterschiedlicher sexueller Identitäten und politischer Herkunft zusammengefunden, um ein inhaltlich kritisches Gegengewicht zu den üblichen CSD-Aktivitäten zu bilden. Wir finden, dass die gesamte Homo-Szene und damit auch der CSD in den letzten Jahren immer mehr kommerzialisiert worden ist. Die Angebote der Szene werden zunehmend homogener und die sich der Szene zugehörig fühlenden Menschen immer unkritischer. Wir fühlten uns im Mainstream der Szene nicht mehr oder noch nie wohl, und somit sammelten wir uns und gründeten *queergestellt*, die uns und auch vielen anderen eine Alternative bieten soll.

Zur Parade 2001 haben wir eine Fußgruppe mit Einkaufswagen zum Motto: »Wem gehört der CSD« gebildet. Damit haben wir unseren Protest gegen die zunehmende Kommerzialisierung des CSD und gegen das diesjährige absolut ablehnenswerte Motto »Im Namen des

Volkes traut euch« ausgedrückt. Die Eingetragene Partnerschaft, auch Homo-Ehe genannt, wird als alternative Lebensform aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt.

Auch nach dem CSD haben wir uns entschieden weiterzumachen. Einmal begeisterten wir die Partygäste mit einer Party unter dem Motto »Liebeskuntz«, weitere Partys sind in Planung. Aber es finden auch regelmäßige Treffen statt, zu denen Interessierte herzlich eingeladen sind. Im *queergestellt*-Café gibt es die Möglichkeit, sich kennenzulernen, zu quatschen und auch mitzuarbeiten.

Außer den Partys planen wir nächstes Jahr noch eine größere Aktivität. Denn 2002 findet der *Europride* in Köln statt. Zu diesem Event planen wir, viele verschiedene Veranstaltungen zu organisieren und freuen uns dabei über Interessierte, die mitmachen wollen.

Wir treffen uns jeden 1. und 3. Montag im Monat ab 19 Uhr im *queergestellt*-Café in der LC (Ludolf-Camphausen-Straße 36).

TÖB/Türkei

Die strategische Bedeutung der Türkei für die Einflussnahme in der Region um das Kaspische Meer nimmt zu. Zudem dient die Türkei als Zugang zu Zentralasien, als zentraler Stützpunkt für die Stabilitätspolitik im Nahen Osten und wird als NATO-Partner für den andauernden Krieg gegen den Irak gebraucht. Ihr ist es deshalb auch erlaubt, ungehindert KurdInnen militärisch zu bekämpfen und zu vertreiben und oppositionelle Gruppen zu verfolgen.

Auch die StudentInnenenschaften sind Zielobjekte der Militärs und der Polizei. Die Hochschulen in der Türkei stehen seit 1981 unter der direkten Kontrolle des Militärs. Uniformierte Polizeispitzel sitzen mit in den Lehrveranstaltungen; auf dem Unigelände ist Militär stationiert. Politische Aktivitäten werden durch Exmatrikulationen und Entlassungen zu unterbinden versucht. Trotzdem kommt es an den Hochschulen immer wieder zu Streiks und Aktionen gegen Studiengebühren, die unsere solidarische Unterstützung finden.

Die BRD ist aus verschiedenen Gründen mitverantwortlich für die repressiven Zustände in der Türkei: Durch Waffenlieferungen (Leopard-Panzer, Waffenfabriken), durch die Verweigerung von Asyl für politische Flüchtlinge und Opfer des schmutzigen Kriegs in Kurdistan, durch Wirtschaftshilfe und Kredite.

Die Auswirkungen der politischen Verfolgung in der Türkei sind – besonders für die kurdischen StudentInnen – bis in die BRD wirksam, zum Beispiel wenn dem kurdischen Studierendenverband YXK vom Rektorat Räume für Veranstaltungen verweigert werden oder wenn faschistische »Graue Wölfe« fast ungehindert als genehmigt eingestufte türkische/kurdische StudentInnen bespitzeln dürfen. Zusätzlich werden hier aufgewachsene StudentInnen türkischer/kurdischer Herkunft durch ein völkisches Staatsangehörigkeitsrecht diskriminiert.

Der Türkische Studierendenverband an der Uni Köln (TÖB) ruft zur Wahl der Alternativen Liste auf.